

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Alterspräsident Helmut Markwort

Geschäftliches

(Beginn: 15:05 Uhr)

Alterspräsident Helmut Markwort: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gemäß § 2 Absatz 2 der bisherigen Geschäftsordnung habe ich die ehrenvolle Aufgabe, als Alterspräsident des Landtags die erste Vollsitzung des 18. Bayerischen Landtags zu eröffnen. Nach Artikel 49 des Landeswahlgesetzes hat das zur Folge, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass Sie in diesem Augenblick Mitglieder des Bayerischen Landtags geworden sind.

(Allgemeiner Beifall)

– Herzlichen Dank für den Beifall. Das war Ihre erste Aktivität als legitime Mitglieder dieses Hohen Hauses.

Gemäß der Geschäftsordnung ernenne ich die zwei jüngsten Mitglieder des Landtags, nämlich die Kollegen Florian Siekmann zu meiner Rechten und Tim Pargent zu meiner Linken, zu vorläufigen Schriftführern. Beide haben bereits Platz genommen. Es ist eine schöne Tradition, dass Alte und Junge hier oben sich vereinen. – Außerhalb des Protokolls möchte ich darauf hinweisen, dass Ihre beiden Stühle Katapult-Karrierestühle sein können. Recherchen haben ergeben, dass dort vor 24 Jahren, als die 13. Wahlperiode eröffnet wurde, zwei jugendliche Schriftführer saßen, die heute und morgen mit größter Wahrscheinlichkeit in die höchsten Ämter Bayerns gewählt werden: Hier rechts saß damals Ilse Aigner, links Markus Söder, damals noch ohne Dokortitel.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Ich begrüße die zahlreichen Ehrengäste, die unserer Einladung zur konstituierenden Sitzung gefolgt sind. Damit wir zeitlich nicht schon zu Beginn allzu sehr in Verzug kom-

men, darf ich Sie bitten, alle Genannten zum Schluss der Begrüßung mit einem Applaus willkommen zu heißen.

Ich begrüße die bisherige Landtagspräsidentin, Frau Barbara Stamm. Ich begrüße die ehemaligen Landtagspräsidenten, Herrn Alois Glück und Herrn Johann Böhm, und den früheren Präsidenten des Senats sowie die ehemaligen Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten des Bayerischer Landtags. Ich begrüße den Bayerischen Ministerpräsidenten, Herrn Dr. Markus Söder.

Ich begrüße Herrn Erzbischof Prof. Dr. Ludwig Schick und Herrn Landesbischof Prof. Dr. Heinrich Bedford-Strohm und danke ihnen für die Gestaltung des Ökumenischen Gottesdienstes heute Vormittag. Ich heiße Sie gemeinsam mit den weiteren Vertretern der Kirchen und Religionsgemeinschaften herzlich willkommen, unter ihnen der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Herr Dr. Josef Schuster, sowie seine geschätzte Vorgängerin, Frau Dr. Charlotte Knobloch. Eine besondere Freude ist es zudem, dass wir den Vizepräsidenten des Comité International de Dachau, Herrn Abba Naor, begrüßen dürfen. Er ist der Sprecher der Überlebenden von Dachau. Des Weiteren begrüße ich die Repräsentanten des Konsularischen Corps sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Medien sehr herzlich. – Jetzt ist es Zeit, alle mit einem Applaus zu begrüßen.

(Allgemeiner lebhafter Beifall)

Als ältester Mensch im Parlament habe ich jetzt die Ehre, ein paar Worte sagen zu dürfen. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! In diesem 18. Bayerischen Landtag ist vieles anders als bisher. Vieles ist neu. Hier sitzen 205 Abgeordnete, so viele wie nie. Sechs Parteien haben Fraktionen gebildet. Wir alle können auf die hohe Wahlbeteiligung stolz sein, die höchste seit 36 Jahren. Das ist ein erfreuliches Zeichen in den Zeiten von Verdrossenheit über Politik und Parteien. Hinter dem hohen Prozentwert von 72,3 steht eine gewaltige Zahl von bayerischen Bürgern. 6.796.249 Frauen und Männer haben uns mit gültigen Stimmen gewählt. Noch niemals zuvor haben so viele

Bayern in einer Wahl abgestimmt. Diesen fast 6,8 Millionen Wählern sind wir verpflichtet. Sie werden von dieser Stunde an auf uns schauen. Sie wollen wissen, was wir mit ihren Stimmen anstellen, und sie wollen beobachten, wie wir miteinander umgehen.

Dieses Parlament sollte ein Musterbeispiel für kontroverse, aber faire Auseinandersetzungen werden. Selbstverständlich werden wir uns streiten, aber bitte nach demokratischen Regeln. Die unterschiedlichen Positionen müssen deutlich in einer Sprache, die jedermann versteht, vorgetragen werden. Ich freue mich auf pointierte Formulierungen und Sprachwitz, aber ich wünsche uns und dem Publikum, dass wir bei allen Meinungsverschiedenheiten den politischen Gegner respektieren. Auch wenn wir das Gegenteil dessen denken, was einer gesagt hat, sollten wir bei unserer Replik beachten, dass er ein demokratisch und frei gewählter Abgeordneter ist, dass auch er oder sie für einen Teil des bayerischen Volkes spricht. Jede und jeder von uns 205 Abgeordneten hat die gleichen Pflichten und Rechte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben großartige Rechte, in vielen Bereichen mehr Rechte als die Abgeordneten anderer deutscher Parlamente. Diese Rechte garantiert uns die Bayerische Verfassung. Wir Abgeordnete, die Regierung und die Beamten müssen diese Verfassung nur ernst nehmen, ernster als bisher. Diese Verfassung stammt aus dem Jahre 1946. Sie ist also drei Jahre älter als das deutsche Grundgesetz und enthält 42 Artikel mehr. Vor allem aber ist sie in sympathischem, verständlichem Deutsch geschrieben. Ich lade Sie ein, mit mir in ihren Artikeln zu blättern. Aus mehreren geht klipp und klar hervor: Wir sind das Volk. Immer wieder melden sich Gruppen und Gruppierungen mit der Behauptung und dem sicher subjektiven Gefühl, sie seien das Volk. Die Bayerische Verfassung legitimiert das Parlament. Wir machen die Gesetze, wir kontrollieren die Regierung. In Artikel 5 heißt es: "Die gesetzgebende Gewalt steht ausschließlich dem Volk und der Volksvertretung zu." Deswegen verpflichtet uns Artikel 13 ausdrücklich als "Vertreter des Volkes, nicht nur einer Partei". Wir sind nur unserem Gewissen verantwortlich und an Aufträge nicht gebunden. Die-

ses Gebot ist eine unmissverständliche Absage an alle Formen des imperativen Mandats und an Versuche, Abgeordnete durch basisdemokratische Beschlüsse zu binden.

Relativ neu in der Verfassung ist der Artikel über die wichtige Rolle der parlamentarischen Opposition. Er wird in den kommenden fünf Jahren besonders wichtig, weil es noch nie so viele Parteien gab, die der Regierung kritisch gegenüberstehen. Vier unterschiedliche Parteien der Opposition mit insgesamt 93 Abgeordneten müssen ihre Aufgabe diskriminierungsfrei erfüllen können.

Ich denke auch an die Wirkung in der Öffentlichkeit. In der vergangenen Periode habe ich mehrfach Szenen beobachtet, die nicht für den parlamentarischen Wettstreit geworben haben: Oppositionssprecher mühten sich am Rednerpult ab, während Mitglieder der Regierung gelangweilt und uninteressiert auf ihren elektronischen Geräten gedaddelt haben.

(Zurufe von der CSU: Oh!)

Solche Missachtung muss die Wähler enttäuschen.

Die Minister werden aufmerksamer sein, wenn die Abgeordneten von einem Recht Gebrauch machen, das Abgeordneten in anderen Parlamenten nicht zusteht: Der Bayerische Landtag muss der Berufung und Entlassung jedes einzelnen Ministers und Staatssekretärs ausdrücklich zustimmen. Das ist ein bayerisches Privileg. Wenn die Bundeskanzlerin einen Minister loswerden will, informiert sie den Bundespräsidenten, und er muss ihn entlassen. So bequem hat es der Bayerische Ministerpräsident nicht. Ist er mit einem Kabinettsmitglied nicht zufrieden, kann er es nicht im Alleingang feuern. Er muss den Landtag um Zustimmung bitten. Bis zu unserer Entscheidung genießt der Betroffene alle Rechte eines Mitglieds der Staatsregierung. So darf ihn der Ministerpräsident nicht von Kabinettsitzungen ausschließen, bis der Landtag seine Entlassung bestätigt hat. Lehnt der Landtag ab, bleibt der Unerwünschte im Kabinett.

Dieses Mitspracherecht des Landtags passt zu einer Reihe von Artikeln, die uns baye-
rische Volksvertreter gegenüber der Regierung besonders stärken. Ihre Basis ist das
sogenannte Ressortprinzip. Die Minister führen ihren Geschäftsbereich selbstständig
und unter eigener Verantwortung gegenüber dem Landtag. Im Kommentar zu diesen
Artikeln lese ich, dass der Ministerpräsident zwar die Richtlinien der Politik bestimmt,
aber den Ministern und Staatssekretären gegenüber nicht weisungsbefugt ist. Er ist
nicht ihr Vorgesetzter. Auch ein zentralistisch gesonnener Ministerpräsident wird sich
von Juristen erklären lassen, dass er laut Artikel 49 weniger im Alleingang anordnen
kann als die Kanzlerin. Er kann nicht nach Gutdünken Geschäftsbereiche gründen
oder abschaffen, zwischen den Ministerien hin und her schieben oder zusammenle-
gen. Er muss in jedem Fall uns, die Abgeordneten, fragen und um Zustimmung bitten.
Auf diesem Recht müssen wir bestehen und den Sinn der Geschäftsbereiche offen
diskutieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich über die Beamten reden. Wir ma-
chen die Gesetze; die Beamten erläutern sie. Manchmal verdunkeln sie sie auch mit
Ausführungsbestimmungen und Verwaltungsverordnungen, mit sicherlich perfekten ju-
ristischen Formulierungen, die wir "das Kleingedruckte" nennen. Um alles zu verste-
hen, muss der Gesetzgeber nach der Veröffentlichung selber Juristen zu Rate ziehen,
um seine Kerngedanken wieder aufzuspüren. Wir sind das Volk; aber unsere Chancen
stehen nicht gut. Wir sind 205; die Beamten in den Ministerien sind, ganz eng gerech-
net, mehr als 5.000. Wir können sie nicht besiegen, also müssen wir sie auf unsere
Seite ziehen,

(Heiterkeit)

auf die Seite des Volkes, auf die Seite der verständlichen Sprache. Die Voraussetzun-
gen für ein solches Bündnis sind gut. Der Verfassungsartikel 96 klingt ähnlich wie der
auf uns bezogene Artikel. Dort steht: "Die Beamten sind Diener des ganzen Volkes,
nicht einer einzelnen Partei." Großartig! Nicht Staatsdiener sollen sie sein, sondern
Bürgerdiener. Warum ist dieser edle Verfassungswunsch nicht realisiert? Warum füh-

len viele Bürger sich gegängelt oder gar schikaniert? – Schon der alles ahnende Shakespeare kannte dieses Gefühl. Hamlet, immerhin von höherem Stand, muss mit einer Behörde zu tun gehabt haben. Jeder kennt den Anfang seines Monologs: "Sein oder Nichtsein, das ist hier die Frage." 17 Zeilen weiter spricht er aus, was heute noch viele bewegt: Er beklagt den "Übermut der Ämter" – vor 400 Jahren. Es muss gar nicht Übermut sein. Vielleicht ist es nur ein permanentes Überlegenheitsgefühl der Verwaltung. Vielleicht sind manche Beamte zu gut, zu perfekt, und wollen uns das spüren lassen.

Wir wissen, dass der Staat nur Juristen mit besten Examensnoten einstellt. Je mehr Punkte einer hat, desto leichter wird er Regierungsrat. Die entscheidende Frage ist, wofür oder wogegen er seine Juristenschlauheit einsetzt. Er kann Bürger wegen Nichtzuständigkeit abwimmeln, oder er kann ihnen helfen, Fehler zu vermeiden.

Im Wahlrecht gibt es den schönen Begriff des Heilens. In der Wahlnacht wurde in 18.000 Wahllokalen geheilt, wo es ging. Um zweifelhaft ausgefüllte Stimmzettel nicht gleich zu den ungültigen zu werfen, durften die Wahlhelfer heilen. Wenn der Wille des ungeschickten Wählers halbwegs zu erkennen war, durften die Helfer seine Stimme heilen, also retten. Das könnte ein Prinzip für den Umgang mit Bürgern und ihren Anträgen sein. Ich wünsche mir Beamte, die ihren Juristenverstand nutzen, nicht um zu verhindern, sondern um zu heilen; nicht um abzuwimmeln, sondern um zu ermöglichen.

Ich habe mit Beamten über diese Abwägung gesprochen. Einer sagte mir, dass er weisungsgebunden sei. "Dem Manne kann geholfen werden", sagt Schiller. Die Minister können ihre Beamten anweisen, eher zu heilen als zu verhindern. Sie können auch ganz einfach den Artikel 96 in die Amtsstuben hängen lassen, mit der Aufforderung: "Die Beamten sind Diener des ganzen Volkes [...]." Diese Weisung könnte eine fulminante Wirkung erzielen.

Ich erinnere an den Appell des aus Niederbayern stammenden Bundespräsidenten Roman Herzog: "Durch Deutschland muss ein Ruck gehen." Wenn die gescheiterten Beamten ihre Schalter umlegen, könnte ein Ruck durch die Verwaltung gehen. Über einen solchen Ruck würden sich viele freuen, vor allem Kleinbetriebe und Mittelstandsbetriebe. Diesen haben die Väter und Mütter der Verfassung vor 72 Jahren ahnungsvoll einen eigenen Artikel gewidmet. In Artikel 153 heißt es:

Die selbständigen Kleinbetriebe und Mittelstandsbetriebe in Landwirtschaft, Handwerk, Handel, Gewerbe und Industrie sind in der Gesetzgebung und Verwaltung zu fördern und gegen Überlastung und Aufsaugung zu schützen.

Beachten Sie die anschauliche Wortwahl aus dem Jahr 1946: "Überlastung und Aufsaugung." Viele Betriebe fühlen sich bis zur Existenzgrenze überlastet; noch mehr sind schon aufgesaugt worden. In Bayern übersteigt die Zahl der Geschäftsaufösungen die der Neugründungen seit Jahren. Die Zahl der Unternehmensgründungen ging von 68.000 im Jahr 2010 auf 40.000 im Jahr 2015 zurück. Passend zu dieser bedauerlichen Tendenz zitiere ich noch den dritten Satz aus dem Artikel 153. Er lautet:

Der Aufstieg tüchtiger Kräfte aus nichtselbständiger Arbeit zu selbständigen Existenzen ist zu fördern.

Fördern ist notwendig. Aber wenn neue Existenzen eine Chance haben sollen, müssen sie vor bürokratischen Auflagen geschützt werden, die sie im Keim ersticken können. Für die lähmenden Vorschriften gibt es oft ehrbare Motive. Datenschutz, Verbraucherschutz und Brandschutz sind sinnvoll. Sie können aber auch zu Übertreibungen führen. Beschützerexzesse haben schon viele kleine Betriebe schwer beschädigt. Viel Bürokratie kommt auch aus Brüssel über uns. Ehemalige Ministerpräsidenten haben mir erzählt, dass deutsche Politik zu mehr als 70 % mit Verordnungen und Richtlinien der EU-Kommission beschäftigt ist. Verordnungen müssen unverändert in deutsches Recht umgesetzt werden, aber Richtlinien können zugunsten bayerischer Bürger abgemildert und verbessert werden.

Wir vom Bayerischen Landtag müssen wachsam darauf achten, wenn unsere Interessen betroffen sind. Die Verfassung schützt uns, aber die EU-Kommission ist nach wie vor länderblind. Sie will am liebsten nur mit dem Bundestag verhandeln. Zusammen mit sieben anderen EU-Staaten, die gleichfalls wie Bayern föderal organisiert sind, müssen wir dafür kämpfen, dass unser bayerisches Parlament stärker gehört wird. Viel zu spät erst werden Kompetenzverlagerungen entdeckt, die manchmal in Durchführungsakten versteckt sind.

In diesem Zusammenhang kann ich mir die Bemerkung nicht verkneifen, dass wir deutlich weniger Ärger aus Brüssel hätten, wenn die EU ihre Verträge einhalten würde. Nach wie vor erreichen uns Vorschriften aus 28 Kommissariaten. Das sah schon einmal vernünftiger aus. Im Vertrag von Lissabon haben alle Mitgliedstaaten einstimmig beschlossen, die Kommission zu verkleinern. Vom November 2014 an sollte es statt 28 nur noch 19 Kommissare geben. Eine große Erleichterung stand in Aussicht. Als aber das irische Volk die Ratifikation verweigerte, fielen die EU-Partner um. Sie fanden ein Schlupfloch, um aus 19 Kommissariaten wieder 28 zu machen.

Lieber als im nicht eingehaltenen Vertrag von Lissabon lese ich in der Bayerischen Verfassung, die ein wunderbares Fundament für unsere Arbeit ist. Leider wird der letzte Artikel, der Artikel 188, nur mangelhaft befolgt. Dort steht: "Jeder Schüler erhält vor Beendigung der Schulpflicht einen Abdruck dieser Verfassung." Viele Schüler, mit denen ich gesprochen habe, haben unser bayerisches Grundgesetz nicht zu Gesicht bekommen. Ich habe die Ursache recherchiert: Es liegt an den Schulen. Sie müssten die notwendigen Exemplare bei der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit bestellen. Ich begrüße auch den Hinweis "vor Beendigung der Schulpflicht". So bleibt noch Zeit zum gemeinsamen Diskutieren.

Die Lektüre lohnt sich. Beim Lesen finden sich viele Perlen und Überraschungen, beispielsweise im Artikel 29. Liebe Bürger von Bayern, das ist Ihr Artikel. Er schützt Sie, falls Sie einem von uns Abgeordneten Informationen oder Dokumente anvertrauen. Wenn Sie ein Mitglied dieses Landtags auf einen Missstand in einer Firma, einem Ver-

ein oder auch in einer Behörde hinweisen wollen, bleiben Sie als Quelle geschützt. Die Verfassung billigt dem Abgeordneten ein Zeugnisverweigerungsrecht zu. Er darf die Herkunft seiner Informationen verschweigen. Schriftstücke dürfen nicht beschlagnahmt werden. Diese Verschwiegenheitspflicht reicht auch über das Mandat hinaus. Als Journalist weiß ich, wovon ich spreche. Ich nehme meine Quellen mit ins Grab.

Vielleicht wissen zu wenige Bürger, dass sie sich einem Abgeordneten ohne Risiko anvertrauen dürfen. Ich habe mich oft gefragt, warum es manchmal Jahrzehnte gedauert hat, bis schwere Fälle von sexuellem Missbrauch aufgedeckt worden sind. Sicherlich spielt hier Scham eine besondere Rolle, die besondere Beziehung zu einem Lehrer, einem Trainer oder einem Priester. Vielleicht hatten aber auch manche Opfer keine Idee, welcher neutralen Person sie sich hätten anvertrauen können. Der Vertrauensschutz des Artikels 29 ist vielleicht heute etwas bekannter geworden. Viele Folgetaten hätten vermieden werden können, wenn sich Opfer früher offenbart hätten.

Zu den Überraschungen zählt der Artikel 106. Die Verfassungsdenker haben sich schon 1946 mit unserem heute drängenden Thema Wohnungsnot beschäftigt. Sie haben geschrieben: "Jeder Bewohner Bayerns hat Anspruch auf eine angemessene Wohnung. [...] Die Förderung des Baues billiger Volkswohnungen ist Aufgabe des Staates und der Gemeinden." Im Artikel 125 steht dazu ergänzend: "Kinderreiche Familien haben Anspruch auf [...] gesunde Wohnungen." Die Rechtsgelehrten streiten, ob diese Zeilen nur Programmthesen sind oder ein Grundrecht garantieren. Auf jeden Fall steht fest, dass in diesem Land Wohnungen fehlen. Nur ein größeres Angebot an Wohnungen kann die Mieten bremsen. Wir brauchen mehr Wohnungen in öffentlicher Hand, und wir müssen auch für Bürger die Chance verbessern, sich ihre eigenen vier Wände zu schaffen. Wir wissen, dass 84 % davon träumen, im eigenen Haus oder in einer Eigentumswohnung zu leben. Dieser Traum vom Häusle wird von immer mehr Vorschriften und Auflagen behindert oder gar zerstört. Ich habe nichts zu bestimmen, aber als Alterspräsident darf ich über alles reden. Ich wünsche mir von diesem Parlament ein fraktionsübergreifendes Beschleunigungsgremium, verstärkt durch Baufach-

leute, die sich etwas trauen. Dieses Gremium muss das Ziel verfolgen, möglichst viele bürokratische Hindernisse aus dem Weg zu räumen. Schnellere Genehmigungen und damit auch niedrigere Kosten können helfen, die Wohnungsnot zu lindern.

Als Liebhaber der deutschen Sprache will ich aus dem "Familienartikel", dem Artikel 125, den ersten Satz hervorheben. Er lautet: "Kinder sind das köstlichste Gut eines Volkes." Das ist nicht nur zutreffend, sondern auch schön ausgedrückt. Dass ein fast lyrischer Begriff wie "köstlich" in einem politischen Text untergekommen ist, sollte uns ermuntern.

Bemerkenswert ist auch, dass die Schöpfer der Verfassung schon vor 42 Jahren prophetisch vor einer Verödung der Gemeinden gewarnt haben. Im Artikel 10 heißt es: "Das wirtschaftliche und kulturelle Eigenleben im Bereich der Gemeindeverbände ist vor Verödung zu schützen." Heute, 2018, klagen viele Gemeinden: kein Bus, kein Arzt, kein Netz, keine Gastwirtschaft. Die Beschützung hat nicht funktioniert.

Fast in eigener Sache möchte ich auch ein paar Sätze zu den Medien sagen: In der Verfassung werden sie in den Artikeln 111 und 111a behandelt. Den Medien begegnet neuerdings fast genauso viel Misstrauen wie der Politik. Die Vielfalt der Angebote verwirrt eher als dass sie erfreut. Zeitungen, Zeitschriften, öffentlich-rechtliches Radio und Fernsehen, privates Radio und Fernsehen, Online-Dienste von renommierten Medienhäusern und tausende sogenannte soziale Medien aus unzähligen Quellen überschütten die Menschheit mit vielen Informationen und mit noch mehr Kommentaren. Die Nutzer müssen lernen zu unterscheiden, welche Meldung seriös recherchiert ist, und wo jemand versucht, dem Publikum Fake-News anzudrehen. Wie kann man Tendenzberichterstattung erkennen? – Oft bin ich entsetzt über die Naivität von Menschen. Sie behaupten blühenden Unsinn und begründen ihn mit der Aussage, sie hätten das doch im Netz gelesen. Früher sagten die Leute: Das hat doch in der Zeitung gestanden. Da konnte man über die Zeitung diskutieren und über ihre Haltung. Da war manches zu relativieren, aber auf einer nachprüfbaren Basis. Aber mit den täglich hunderten oft anonymen Behauptungen im Netz ist eine sachliche Auseinandersetzung

schwer. Mein Rat: Achten Sie auf die Absender. Prüfen Sie die Quellen, soweit das geht. Was sagt die Verfassung? – Die Presse soll wahrheitsgemäß berichten. Wir wissen, dass es viele Wahrheiten gibt. Eine Wahrheit liegt im Auge des Betrachters: Was der Berichterstatter hervorhebt und was er weglässt, ist seine Wahrheit. – Wenn wir 205 anschließend 100 Zeilen über diese Sitzung zu schreiben hätten, würde jedermanns eigene Sicht der Wahrheit offenkundig.

Wenn ich den Artikel 111 ergänzen dürfte, würde ich neben der Forderung nach Wahrfähigkeit noch den Begriff "fair" einführen – fair im Sinne des römischen Philosophen Seneca: "Audiatur et altera pars", man möge auch die andere Seite hören. Diese These gibt es natürlich auch auf Deutsch; am Rathaus von Kempten steht der Spruch: Eenes Mannes Rede ist keenes Mannes Rede, man soll sie billig hören beede.

Außerdem muss der Grundsatz gelten: Die Meinung ist frei, die Fakten müssen stimmen. – Dem Bayerischen Rundfunk kommt wie allen anderen öffentlich-rechtlichen Sendern eine besondere Verantwortung zu. Die Gebühren, die wir alle zahlen, machen ihn stark und unabhängig für seine demokratische Aufgabe. Das Bundesverfassungsgericht hat in einem aktuellen Urteil vom Juli festgelegt, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk Programme anbieten muss, die der freie Markt nicht leisten kann. Ich zitiere: Unabhängig von Einschaltquoten und Werbeaufträgen – so heißt es im Urteil – sollen die öffentlich-rechtlichen Sender auch Aspekte aufgreifen, die über die Formate für das Massenpublikum hinausgehen. – Dazu gehört auch die Berichterstattung aus dem Landtag.

Zum Schluss meiner kurzen Rede

(Allgemeine Heiterkeit)

– das Protokoll wird einen Lacher verzeichnen – will ich meinen Lieblingsartikel hervorheben, der von unser aller individuellen Freiheit handelt: Artikel 101.

Jemand könnte einwenden, die Freiheit sei schon in Artikel 1 garantiert. Das ist nur teilweise richtig; die dortigen vier Wörter "Bayern ist ein Freistaat" beziehen sich auf den Staat und nicht auf seine Bürger. Mit dem Begriff "Freistaat" wird dokumentiert, dass Bayern frei ist von Monarchie und der Herrschaft von Königshäusern. Auch erzkonservative Bayern sprechen oft stolz vom Freistaat und denken nicht daran, dass ein Sozialist diesen Begriff durchgesetzt hat. Bayerns erster Ministerpräsident Kurt Eisner, der vor hundert Jahren auf dem Gang zur ersten Landtagssitzung auf einer Straße in München erschossen wurde, hat 1918 den Freistaat ausgerufen. Wir können also feststellen, dass ein sozialistischer Revolutionär es in die Bayerische Verfassung geschafft hat und verewigt worden ist.

Bayern ist ein freier demokratischer Staat. Die Freiheit der Bayern steht aber nicht im Artikel 1, sondern im Artikel 101. Ich zitiere:

Jedermann hat die Freiheit, innerhalb der Schranken der Gesetze und der guten Sitten alles zu tun, was anderen nicht schadet.

Auf diese Zusage können wir stolz sein. Wir leben in einem "land of the free", wie die Amerikaner in ihrer Hymne singen. Wir werden die Freiheit unserer Bürger verteidigen.

Was die Verfassungsschöpfer mit den guten Sitten gemeint haben, ist ein Thema für Akademien. Gewiss war 1946 noch manches eine schlechte Sitte, was heute als gute Sitte toleriert wird. Für diese Sittendebatte soll das Motto gelten: Im Zweifel für die Freiheit!

Dazu habe ich eine schöne Erkenntnis von Viscount Bolingbroke gefunden. Der Lord schreibt: Freiheit ist für die Gesellschaft, was Gesundheit für den Einzelnen ist. – Beides wünsche ich uns allen. Lassen Sie uns im Sinne unserer Verfassung und zum Wohle der Bürger von Bayern an die Arbeit gehen.

(Lebhafter allgemeiner Beifall)

Danke sehr. – Diese Rede war die Kür des Alterspräsidenten. Jetzt kommt die Pflicht.

Meine Damen und Herren, ich lasse nun, wie es § 2 Absatz 2 der bisherigen Geschäftsordnung entspricht, die Beschlussfähigkeit des Hauses durch Aufruf der Namen der gewählten Damen und Herren Abgeordneten feststellen. Zur Beschlussfähigkeit des Landtags ist nach Artikel 23 Absatz 2 der Bayerischen Verfassung die Anwesenheit der Mehrheit seiner Mitglieder – also 103 – erforderlich.

Ich bitte alle anwesenden Kolleginnen und Kollegen, jeweils mit einem deutlichen Ja auf ihren Namensaufruf zu antworten. Den jüngsten Schriftführer zu meiner Rechten, Herrn Kollegen Florian Siekmann, bitte ich nun, am Rednerpult mit dem Aufruf der Namen der Kolleginnen und Kollegen zu beginnen. – Bitte sehr.

(Folgt Namensaufruf)

Ich danke den Schriftführern für die erste Lesung in diesem Hause und stelle fest, dass alle 205 Mitglieder des Landtags anwesend sind. Damit ist das Hohe Haus beschlussfähig.

Anwesenheitsliste der Konstituierenden Sitzung vom 5. November 2018

1. Klaus **Adelt**
2. Benjamin **Adjei**
3. Ilse **Aigner**
4. Hubert **Aiwanger**
5. Horst **Arnold**
6. Inge **Aures**
7. Martin **Bachhuber**
8. Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter **Bauer**
9. Volker **Bauer**
10. Jürgen **Baumgärtner**
11. Prof. Dr. Winfried **Bausback**
12. Markus **Bayerbach**
13. Johannes **Becher**
14. Barbara **Becker**
15. Eric **Beißwenger**
16. Franz **Bergmüller**
17. Markus **Blume**
18. Martin **Böhm**
19. Cemal **Bozoglu**
20. Robert **Brannekämper**
21. Gudrun **Brendel-Fischer**
22. Florian von **Brunn**
23. Dr. Markus **Büchler**
24. Michael **Busch**
25. Kerstin **Celina**
26. Dr. Anne **Cyron**
27. Maximilian **Deisenhofer**
28. Gülseren **Demirel**
29. Alex **Dorow**
30. Holger **Dremel**
31. Albert **Duin**
32. Norbert **Dünkel**
33. Katrin **Ebner-Steiner**
34. Gerhard **Eck**
35. Manfred **Eibl**
36. Dr. Ute **Eiling-Hütig**
37. Georg **Eisenreich**
38. Susann **Enders**
39. Matthias **Enghuber**
40. Wolfgang **Fackler**
41. Dr. Hubert **Faltermeier**
42. Martina **Fehlner**
43. Matthias **Fischbach**
44. Alexander **Flierl**
45. Christian **Flisek**
46. Anne **Franke**
47. Karl **Freller**
48. Hans **Friedl**
49. Patrick **Friedl**
50. Barbara **Fuchs**
51. Albert **Füracker**
52. Markus **Ganserer**
53. Thomas **Gehring**
54. Judith **Gerlach**
55. Max **Gibis**
56. Thorsten **Glauber**
57. Tobias **Gotthardt**
58. Eva **Gottstein**
59. Richard **Graupner**
60. Alfred **Grob**
61. Harald **Güller**
62. Petra **Guttenberger**
63. Martin **Hagen**
64. Prof. Dr. Ingo **Hahn**
65. Volkmar **Halbleib**
66. Joachim **Hanisch**
67. Ludwig **Hartmann**
68. Wolfgang **Hauber**
69. Christina **Haubrich**
70. Johann **Häusler**
71. Uli **Henkel**
72. Hans **Herold**
73. Dr. Florian **Herrmann**
74. Joachim **Herrmann**
75. Dr. Leopold **Herz**
76. Dr. Wolfgang **Heubisch**
77. Christian **Hierneis**
78. Alexandra **Hiersemann**
79. Johannes **Hintersberger**
80. Michael **Hofmann**
81. Petra **Högl**
82. Alexander **Hold**
83. Klaus **Holetschek**
84. Dr. Gerhard **Hopp**
85. Dr. Marcel **Huber**
86. Dr. Martin **Huber**
87. Thomas **Huber**
88. Melanie **Huml**
89. Andreas **Jäckel**
90. Dr. Helmut **Kaltenhauser**
91. Michaela **Kaniber**
92. Annette **Karl**
93. Sandro **Kirchner**
94. Christian **Klingen**
95. Paul **Knoblach**
96. Jochen **Köhler**
97. Claudia **Köhler**
98. Natascha **Kohnen**
99. Alexander **König**
100. Sebastian **Körper**
101. Andreas **Krahl**
102. Nikolaus **Kraus**

103. Thomas **Kreuzer**
104. Harald **Kühn**
105. Susanne **Kurz**
106. Manfred **Ländner**
107. Otto **Lederer**
108. Eva **Lettenbauer**
109. Dr. Petra **Loibl**
110. Stefan **Löw**
111. Rainer **Ludwig**
112. Roland **Magerl**
113. Christoph **Maier**
114. Ferdinand **Mang**
115. Gerd **Mannes**
116. Helmut **Markwort**
117. Dr. Fabian **Mehring**
118. Dr. Beate **Merk**
119. Benjamin **Miskowitsch**
120. Jürgen **Mistol**
121. Martin **Mittag**
122. Hep **Monatzeder**
123. Dr. Ralph **Müller**
124. Ruth **Müller**
125. Alexander **Muthmann**
126. Walter **Nussel**
127. Dr. Stephan **Oetzing**
128. Verena **Osgyan**
129. Tim **Pargent**
130. Prof. Dr. Michael **Piazolo**
131. Gerald **Pittner**
132. Markus **Plenk**
133. Bernhard **Pohl**
134. Franz Josef **Pschierer**
135. Kerstin **Radler**
136. Helmut **Radlmeier**
137. Doris **Rauscher**
138. Barbara **Regitz**
139. Tobias **Reiß**
140. Dr. Franz **Rieger**
141. Markus **Rinderspacher**
142. Florian **Ritter**
143. Dr. Martin **Runge**
144. Berthold **Rüth**
145. Julika **Sandt**
146. Alfred **Sauter**
147. Andreas **Schalk**
148. Ulrike **Scharf**
149. Jan **Schiffers**
150. Josef **Schmid**
151. Gabi **Schmidt**
152. Martin **Schöffel**
153. Angelika **Schorer**
154. Tanja **Schorer-Dremel**
155. Kerstin **Schreyer**
156. Toni **Schuberl**

157. Stephanie **Schuhknecht**
158. Katharina **Schulze**
159. Stefan **Schuster**
160. Thorsten **Schwab**
161. Dr. Harald **Schwartz**
162. Bernhard **Seidenath**
163. Josef **Seidl**
164. Gisela **Sengl**
165. Bernd **Sibler**
166. Florian **Siekmann**
167. Ulrich **Singer**
168. Christoph **Skutella**
169. Dr. Markus **Söder**
170. Ursula **Sowa**
171. Dr. Dominik **Spitzer**
172. Diana **Stachowitz**
173. Ralf **Stadler**
174. Rosi **Steinberger**
175. Klaus **Steiner**
176. Sylvia **Stierstorfer**
177. Anna **Stolz**
178. Klaus **Stöttner**
179. Karl **Straub**
180. Florian **Streibl**
181. Dr. Simone **Strohmayr**
182. Martin **Stümpfig**
183. Raimund **Swoboda**
184. Arif **Taşdelen**
185. Walter **Taubeneder**
186. Anna **Toman**
187. Peter **Tomaschko**
188. Carolina **Trautner**
189. Gabriele **Triebel**
190. Hans **Urban**
191. Steffen **Vogel**
192. Martin **Wagle**
193. Ruth **Waldmann**
194. Prof. Dr. Gerhard **Waschler**
195. Ernst **Weidenbusch**
196. Dr. Sabine **Weigand**
197. Roland **Weigert**
198. Manuel **Westphal**
199. Jutta **Widmann**
200. Margit **Wild**
201. Andreas **Winhart**
202. Georg **Winter**
203. Josef **Zellmeier**
204. Benno **Zierer**
205. Christian **Zwanziger**